

Medienmitteilung

## Stellungnahme der FDP-Davos zu den Abstimmungen

Der Schweizer Souverän stimmt einem schweizweiten Verhüllungsverbot zu und lehnt das E-ID-Gesetz ab. Bei beiden Vorlagen hat die FDP Davos sich einen anderen Ausgang erhofft und gewünscht. Sehr erfreut ist die FDP über die Annahme des Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien.

Die Initiative zum Verhüllungsverbot will einerseits die Frauen schützen, indem sie nicht mehr zur Verhüllung gezwungen werden können und andererseits die Sicherheit in der Schweiz erhöhen. Die FDP warb für eine Ablehnung dieser Initiative, da sie Kleidervorschriften als nicht liberal erachtet und befürchtet, dass betroffene Frauen sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen könnten. Zudem tangiert sie die Hoheit der Kantone. Diese sollten selbst entscheiden können, welche Regelungen sie für die Nutzung ihres öffentlichen Raums treffen wollen. So haben auch schon einige Kantone aus Sicherheitsaspekten Vermummungsverbote beschlossen. Die FDP unterstützte den Gegenvorschlag, der bei einem Nein in Kraft getreten wäre. Dieser sah Massnahmen zur Stärkung der Rechte der Frauen vor und hätte die Autonomie der Kantone nicht eingeschränkt.

Das E-ID-Gesetz wurde klar abgelehnt. Das vom Bundesrat und Parlament vorgeschlagene Modell, dass die technische Umsetzung nebst Kantonen und Gemeinden auch von privaten Unternehmen angeboten werden kann, fand beim Stimmvolk keinen Anklang. Die Bedenken in Bezug auf die Speicherung der Daten durch private Anbieter dürften dabei entscheidend gewesen sein. Die Digitalisierung und somit auch der Handel im Internet werden weiter an Bedeutung zunehmen. Die Politik ist deshalb gefordert, in nützlicher Frist eine einfache, sichere und vertrauenswürdige Lösung zu erarbeiten, welche mehrheitsfähig ist.

Mit der Zustimmung zum Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Indonesien hat die Schweiz nun Zugang zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte. Das Abkommen enthält zudem auch völkerrechtlich verbindliche Regeln zur Nachhaltigkeit. So muss beim Import von indonesischem Palmöl der Nachweis erbracht werden, dass es unter Einhaltung der vereinbarten Umwelt- und Sozialauflagen produziert wurde. Das Abkommen eröffnet beiden Parteien langfristig neue Chancen, auch was die Schaffung von Arbeitsplätzen anbelangt. In der aktuell auch für die Wirtschaft schwierigen Zeit sind dies wichtige neue Impulse.

Ein Blick auf die kommunalen Ergebnisse in Davos zeigt, dass das Verhüllungsverbot und das E-ID-Gesetz abgelehnt wurden und das Abkommen mit Indonesien angenommen worden ist.